

01. September 2014 - 08:57 | Literatur: Geldtheorie

Gemeinwohl im Blick

Christoph Becker

Geld braucht die Urteilskraft aller Bürger, sagt der österreichische Globalisierungskritiker Christian Felber in seinem neuen Buch. Damit geht er weit über das hinaus, was Börsengurus und andere einseitig Interessierte unter Finanzbildung verstehen. Gerade das macht sein Buch lesenswert.



Christian Felber: Geld. Die neuen Spielregeln.

Investmentbanker und andere Finanzökonomien pflegen ständig etwas zu „sehen“: Bullenmarkt, Kursverluste, Allzeithochs und so weiter. Wahrscheinlich folgen sie hier dem „We shall/should see...“ des angelsächsischen Börsenjargons und den prognostischen Zwängen ihrer Branche. Doch was und wie weit sehen die Börsengurus überhaupt? Je länger diese Finanzkrise dauert, desto mehr Menschen ahnen, dass dieses Sehertum vor allem von kurzsichtigen Eigeninteressen und latenten politischen Motiven getrieben wird. So hat der österreichisch-kanadische Industrielle und Investor Frank Stronach „gleich einen ganzen Parlamentsclub“ gekauft, wie Autor Christian Felber jetzt kritisiert. Ein Parlamentsclub in Österreich entspricht einer deutschen Bundestagsfraktion.

Es sei einem demokratisch verfassten Staatswesen unwürdig, dass Politiker sich auf so obszöne Weise in die Abhängigkeit von Besitzenden begeben, schreibt Felber in seinem neuen Buch „Geld. Die neuen Spielregeln“. Diese neuen Spielregeln entwickelt er anhand provozierend-kritischer Fragen:

Wer braucht Finanzspekulationen und die Prognosen der Börsengurus überhaupt? Warum der Entkoppelung von Real- und Finanzwirtschaft nicht den Boden entziehen? Warum die längst als destruktiv entlarvten Machenschaften einer sozial aus dem Ruder gelaufenen Geldelite nicht mit

basisdemokratischen Mitteln beenden und das Geld „wieder zu dem machen, was es ist: ein Mittel für das gute Leben“, fragt Felber im Duktus einer Streitschrift.

Den Mut und die Unbefangenheit, solche Fragen zu stellen und ohne Rücksicht auf akademische Fachgrenzen umfassend zu beantworten, bringen professionelle Ökonomen kaum auf. Wie gut, dass Felber den Mut hat. Die gegenwärtigen Debatten zeigen ja gerade, dass Geldwirtschaft eine viel zu wichtige Sache ist, als dass man sie nur den Fachexperten überlassen dürfte.

Geld als das öffentliche Gut schlechthin bedarf der Urteilskraft aller, schreibt Felber. Seine Vorschläge dürften allerdings vor allem denen zu weit und gegen den Strich gehen, die, wenn sie eine bessere Finanzbildung fordern, dabei vor allem Produktkenntnisse meinen. Felber, laut Klappentext „die prominenteste Stimme der Globalisierungskritik in Österreich“, nähert sich dem Thema Geld als Politik- und Sozialwissenschaftler. Das erlaubt dem Autor, der zuletzt vor zwei Jahren mit dem vielbeachteten Buch „Die Gemeinwohl-Ökonomie“ hervorgetreten ist, eine gerade bei angelsächsischen Experten aus der Mode gekommene makroökonomische Sicht der Dinge.

Einfach und unterhaltend

Felber schreibt für ein Laienpublikum, er kann ökonomische Zusammenhänge auch ohne Fachvokabular verständlich und vor allem unterhaltsam erklären. Da erscheint auch das genderpolitisch zwar korrekte, aber den Lesefluss hemmende Binnen-I (SparerInnen) verzeihlich. Seine Abhandlung überzeugt mit Verve und intellektueller Angriffslust. Felber glaubt nicht an die ewigen Gesetze der Märkte, sondern an den Menschen als politisches und soziales Wesen. Hinter dem Treiben von Bankern, Investoren und Politikern wittert er Eigensucht und Machtkalkül. Als leidenschaftlicher Demokrat weiß er, dass das nicht gutgehen kann. Sein politischer Dreh- und Angelpunkt ist der „Souverän“, ein Ausdruck, der eine gewisse Nähe zu staatstheoretischen Debatten der Aufklärungszeit herstellt. Dabei lässt Felber historische Vorbilder und Bezüge unerwähnt, beschwört allerdings den Geist von Bretton Woods. Das gleichnamige System sah eine internationale Währungsordnung mit Wechselkursbandbreiten und dem Dollar als Ankerwährung vor. An solche zu Beginn der 70er-Jahre wieder verworfenen Konzeptionen knüpft der Autor wieder an.

Da in Felbers Augen die Plutokratie die Demokratie bereits abgelöst hat, will er eine „Monetative“ als neue Macht im Staat etablieren. Ihre Aufgabe wäre es, die angemäÙste Macht der Finanzwirtschaft zu regulieren und auf ein Maß zurückzuführen, das allen Menschen zugute kommt. Dazu macht er erstaunlich detaillierte Vorschläge: Der Anhang des Buchs enthält einen Fragenkatalog, über den Bürgerversammlungen in sogenannten Geldkonventen auf regionaler Ebene abstimmen sollen. Eine der Fragen lautet etwa: „Sollen Banken verpflichtet werden, Kredite in der Region zu vergeben?“ Eine der von Felbers vorgeschlagenen Alternativen lautet: „Ja, das wäre sinnvoll, weil es in immer mehr Ländern einen Überschuss an Finanzvermögen gibt.“

Gemeinwohlorientierten und nah an der Realwirtschaft operierenden Institutsgruppen wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken gehören erkennbar Felbers Sympathien. Dem entspricht die hohe Wertschätzung, die er in seinen Reformvorschlägen den regionalen Gebietskörperschaften entgegenbringt. Auch Regionalbanken haben in seinen basisdemokratischen Vorstellungen ihren festen Platz und klar definierte Aufgaben (siehe Interview).

Etliche Einsichten und Vorschläge Felbers wie die sogenannte Vollgeldreform, die er befürwortet, haben bereits ihren Weg in die politische Wirklichkeit gefunden. In der Schweiz setzt sich eine Volksinitiative dafür ein, die [Geldschöpfung ausschließlich der Zentralbank überlassen](#). Felber sieht darin eine längst fällige Rückbesinnung auf das verfassungsmäßige Geldmonopol, das die Staaten nur versäumt haben, gegen die Interessen der Banken durchzusetzen.

Der Vorschlag, Obergrenzen für Einkommen und Besitz einzuführen, dürfte nicht nur Ökonomen gewöhnungsbedürftig erscheinen. Doch enthalten auch Felbers radikalste Vorschläge viel Anregendes und Aktuelles. In seinen Überlegungen zu einer Kreditvergabepraxis spielen ethische Kriterien eine ebenso selbstverständliche Rolle wie Bonitätskriterien. Solche Themen verdienen das kritische Interesse aller Kunden und Mitarbeiter von Geldinstituten, die nicht allein auf Kapitalmarkt und Aktionärsinteressen schauen.

Nachgefragt: „Geld braucht demokratische Gestaltungsräume“



Christian Felber stellt alte Traditionen grundsätzlich in Frage: Muss eine Landesbank unbedingt Gewinn erwirtschaften?

(dpa)

Herr Felber, was denken Sie über Sparkassen. Bedarf das Modell aus Ihrer Sicht einer Ergänzung?

Christian Felber: Wenn Sparkassen dazu da sind, um dem Gemeinwohl zu dienen, sollten sie diese Leistung auch transparent ausweisen – in einer Gemeinwohlbilanz. Eine solche existiert seit 2011, wir haben sie im Rahmen der Gemeinwohlökonomie entwickelt. Bisher haben 200 Unternehmen aus Österreich, Deutschland, Italien und Spanien eine solche Gemeinwohlbilanz erstellt. Darunter auch drei Banken, die erste Sparkasse ist jene aus Dornbirn im westösterreichischen Vorarlberg, die sind gerade im Prozess.

Was ist an den Sparkassen korrekturbedürftig?

Felber: Die Rolle der Spitzeninstitute ist zu hinterfragen: Sollen Landesbanken irgendetwas anderes machen als Kredite vergeben? Ist es nicht – ähnlich wie bei einer Schule oder einem Spital – auch bei einer öffentlichen Bank ein Missbrauch, von ihr Gewinne für den Landeshaushalt zu erwarten? Das Ziel der Gelddienstleistungen soll ja nicht Profit für die Bankeigentümer sein, sondern gute und sichere Leistungen für die Bürger.

Ist die Sparkasse ein Modell für Europa?

Felber: All jene Banken – nicht nur Sparkassen – die sich dem Gemeinwohl verschreiben, könnten einen entsprechenden europäischen Bankenverband gründen. Im Gegenzug zur Erfüllung verbindlicher Kriterien, darunter die Erstellung einer Gemeinwohlbilanz, wäre eine deutlich geringere Regulierungslast zu erwarten als bei gewinnorientierten Häusern und Investmentbanken.

Sie setzen bei einer zu entwickelnden „Geldverfassung“ mit Geldkonventen auf regionale Gebietskörperschaften. Welche Rolle könnten bei dem von Ihnen skizzierten Umbau der Geldwirtschaft dezentral organisierte und regional verankerte Finanzverbände wie Sparkassen oder Genossenschaftsbanken künftig spielen?

Felber: Sie könnten zu den Initiatoren und Mitträgern eines demokratischen Geldkonvents werden und so ihre Gründungswerte und -ideale würdigen und festigen. Das Geld könnte wieder zu einem Mittel für das Gemeinwohl werden, mehr noch: zu einem öffentlichen Gut. Eigentlich müsste es im Interesse gemeinwohlorientierter Banken sein, dass Menschen Geld nicht nur nutzen, sondern auch tief verstehen. Dazu braucht es neben Konsumräumen auch Diskussionsräume und demokratische Gestaltungsräume.

Was würde in den dezentralen Geldkonventen genau passieren?

Felber: Die Gemeinde- oder die regionale Bevölkerung würde die fundamentalen Fragen der Geldordnung diskutieren, vorentscheiden und Delegierte an den Bundesgeldkonvent entsenden.

Dieser arbeitet finale Vorschläge aus, die von der Wahlbevölkerung systemisch konsensiert werden. Das heißt, dass die Variante, die den geringsten Widerstand erfährt, gewinnt und in die Verfassung eingeht.

Und wäre das dann auch die beste und wünschenswerteste Variante?

Felber: Ähnlich wie regionale Sparkassen und Genossenschaftsbanken das Bankgeschäft vor der Krise am vernünftigsten betrieben haben, besitzt die Bevölkerung eine höhere ethische Kompetenz in Bezug auf die zukünftige Geldverfassung als Regierungen und Parlamente, die von systemrelevanten Banken über ihre Rettung mit Steuergeld bis zum freien Kapitalverkehr in Steueroasen die negativen Aspekte der herrschenden Geldordnung politisch verantworten.

Komplementärwährungen als Anfang



Laut **Christian Felber** ist das große Interesse an regionalen Währungen ein Anzeichen für das Misstrauen gegenüber dem Euro.

(dpa)

Regionalwährungen wie Chiemgauer und Sterntaler erfreuen sich großer Beliebtheit. Was bedeutet das?

Felber: Komplementärwährungen sprießen immer dann aus dem Boden, wenn das Vertrauen in die offizielle Währung sinkt. In der Zwischenkriegszeit gab es weltweit tausende Parallelwährungen. Die berühmteste, das Wörgler Schwundgeld, senkte die Arbeitslosigkeit inmitten der Großen Depression um 25 Prozent, während sie in Gesamtösterreich um 20 Prozent hochschnellte. Die Österreichische Notenbank verbot das Experiment jedoch 1933, weil sie um ihr Währungsmonopol fürchtete.

Wie könnten Sparkassen die Regionalwährungen unterstützen?

Felber: Die gegenwärtigen Galeonsprojekte wie Chiemgauer oder Sterntaler erfüllen vier Funktionen: Resilienz, Regionalität, Ethik und Demokratie. In dem Maß, in dem der Euro diese vier Werte nicht zu erfüllen imstande ist, werden die Komplementärwährungen weiter aufwind erfahren. Sparkassen könnten hier die Rolle regionaler Zentralbanken einnehmen, welche die Komplementärwährung ausgeben, über Konten umlaufen lassen und sogar Kredite in dieser Währung vergeben. In den regionalen Geldkonventen könnte die Bevölkerung entscheiden, ob Komplementärwährungen regional begrenzt gültige gesetzliche Zahlungsmittel mit Annahmezwang werden. Das könnte die nächste Evolutionsstufe dieser Alternativen sein.

Stichwort Digitalisierung des Zahlungsverkehrs und anderer Finanzdienstleistungen: Welche Perspektiven sehen Sie für Regionalbanken mit Filialsystem? Könnte die Digitalisierung des Endkunden die Finanzwirtschaft und die Demokratie vor bisher noch ungekannte Herausforderungen stellen?

Felber: Zunächst ist zu unterscheiden zwischen Bankdienstleistungen, die speziell von den jüngeren Generationen lieber online erledigt werden, und anderen, bei denen der persönliche Kontakt weiterhin sinnvoll oder sogar unerlässlich bleibt wie dem Kreditgeschäft. Voraussichtlich wird die Ausdünnung der Filialen weiter voranschreiten, aber es stellt zweifellos eine höhere Servicequalität dar, wenn im Falle des Falles ein Geschäftslokal mit lebendigen Menschen in der Nähe ist. Schlussendlich ist Geld ein öffentliches Gut und basale Bankdienstleistungen zählen zur Daseinsvorsorge. Deshalb sollte der Finanzsektor sogar verpflichtet sein, eine Mindestinfrastruktur aufrechtzuerhalten. Die Liberalisierung der Postdienstleistungen hat zu Versorgungsproblemen geführt – in ausgedünnten Filialen bilden sich Warteschlangen, während die privaten Ersatzdienste oft nur eingeschränkten Service anbieten und Pakete in Dutzende Kilometer entfernten Abholstellen deponieren.

Wie könnte man dieses Dilemma lösen?

Felber: Die Lösung könnte darin bestehen, dass gemeinwohlorientierte Banken eine öffentliche Grundversorgung sicherstellen, die ihnen von der Allgemeinheit abgegolten wird – in Form einer Kostenübernahme, durch eine geringere Regulierungslast oder indem öffentliche Stellen ihre Bankgeschäfte ausschließlich in diesem gemeinwohlorientierten Sektor tätigen.

Christian Felber: „Geld. Die neuen Spielregeln.“

Deuticke im Zsolnay Verlag, Wien, 2014

304 Seiten, 18,40 Euro